

948. Sitzung des Bundesrates am 23. September 2016: Die wichtigsten Ergebnisse

Der Bundesrat hat in seiner 948. Sitzung am 23. September 2016, 87 Tagesordnungspunkte behandelt. Hamburg war durch Senatorin Prüfer-Storcks und Senator Dr. Steffen vertreten.

Zum Ergebnis der Sitzung wird folgendes mitgeteilt:

A. Gesetzesbeschlüsse des Bundestages

TOP 4

Erstes Gesetz zur Änderung des Bundesjagdgesetzes

Mit dem zustimmungsbedürftigen Gesetz soll eine Änderung des Bundesjagdgesetzes erfolgen. Die Änderung dient dazu, eine Regelungslücke im Hinblick auf die Umsetzung der EU-Umweltstrafrechtsrichtlinie zu schließen. Die bisherigen Verordnungsermächtigungen erfassen Erzeugnisse und Teile von unter Schutz stehenden Arten nicht vollständig. Außerdem wird die Nutzung von halbautomatischen Langwaffen mit insgesamt mehr als drei geladenen Patronen bei der Jagd geregelt.

Das vom Bundestag beschlossene Gesetz beinhaltet jedoch nicht eine von einigen Ländern geforderte Überarbeitung des Bundeswaldgesetzes. Auch fehlt vielen Ländern eine bundeseinheitliche Regelung zur Sicherung der Qualität der Jägerprüfungen und zur Einführung eines Schießnachweises.

Der Bundesrat hat einen Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses mit den Stimmen Hamburgs abgelehnt. Die Bundesregierung hatte zur Vermeidung einer Anrufung eine Protokollerklärung abgegeben, wonach die Kartellrechtsfrage im Bundeswaldgesetz noch in diesem Jahr in einem anderen Gesetz gelöst werden soll. Dem Gesetz selbst wurde mit den Stimmen Hamburgs zugestimmt. Zudem wurde eine Entschließung beschlossen, wonach durch Änderung des Bundesjagdgesetzes die Jäger- und Falknerausbildung bundeseinheitlich geregelt werden soll sowie wegen der besonderen Bedeutung von Querungshilfen für die Vernetzung der Lebensräume eine grundsätzliche Untersagung der Jagdausübung gerechtfertigt ist. Ferner soll laut der Entschließung das persönliche Erscheinen des Bewerbers bei der Erteilung des Jagdscheins erforderlich sein und das Bundesjagdgesetz insoweit ergänzt werden, als dass ein Verbot von bleihaltigen Geschossen sowie bleihaltigen Flintenlaufgeschossen bei Büchsenmunition aufgenommen wird.

Dem Gesetz wurde mit den Stimmen Hamburgs zugestimmt.

TOP 6

Gesetz zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen

Mit dem nicht zustimmungspflichtigen Gesetz werden umfassende Regelungen für das Prostitutionsgewerbe getroffen. Im Zentrum steht die Einführung einer Erlaubnispflicht für alle Prostitutionsgewerbe. Die Erteilung der Erlaubnis ist künftig an die Erfüllung gesetzlicher Mindestanforderungen und an die Zuverlässigkeit des Betreibers gekoppelt. Darüber hinaus werden mit dem Gesetz umfassende Regelungen vorgesehen, die zur Verbesserung

der Situation der in der Prostitution Tätigen beitragen und Zwangsprostitution vorbeugen sollen. Konkret sieht das Gesetz eine Anmeldepflicht für Prostituierte sowie eine verpflichtende gesundheitliche Beratung vor.

Der Bundesrat hatte sich im ersten Durchgang unter anderen für eine Verschiebung des Inkrafttretens um ein halbes Jahr, die vollständige Kompensation der den Ländern entstehenden Kosten durch den Bund sowie ergänzende steuerrechtliche Regelungen ausgesprochen. Der Bundestag hat das Gesetz im Wesentlichen unverändert angenommen.

Die von Hamburg unterstützte Anrufung des Vermittlungsausschusses fand keine Mehrheit. Der Bundesrat hat das Gesetz passieren lassen.

TOP 11 Gesetz über die Errichtung einer Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung

Mit dem nicht zustimmungspflichtigen Gesetz werden Leben und Wirken des fünften deutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt in einer Erinnerungsstätte gewürdigt. Die rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts folgt in ihrem Aufbau ähnlichen Gedenkstätten wie z.B. der Willy-Brandt-Stiftung oder dem Bundeskanzler-Adenauer-Haus. Zweck der Stiftung soll es sein, das Andenken an das Wirken Schmidts für Freiheit und Einheit des deutschen Volkes, für den Frieden und die Einigung Europas und die Völkerverständigung zu wahren. Die Stiftung soll ihren Sitz in Hamburg nehmen und wird sich auch der Pflege und Auswertung des bestehenden Archivs Helmut Schmidt im Haus der Eheleute Schmidt in Hamburg-Langenhorn widmen.

Der Bundesrat hat das Gesetz passieren lassen.

TOP 12 ... Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches - Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung

Mit dem nicht zustimmungsbedürftigen Gesetz wird das deutsche Sexualstrafrecht deutlich verschärft. Künftig wird sexuelle Belästigung mit einem eigenen Straftatbestand geahndet. Das gleiche gilt für die Beteiligung an einer Gruppe, die eine Frau bedrängt, um einen Diebstahl oder eine ähnliche Straftat zu begehen. Wenn in einer solchen Konstellation nur ein Beteiligter der Gruppe eine Sexualstraftat begeht wie z. B. eine sexuelle Belästigung, macht sich künftig jeder, der zu dieser Gruppe gehört, strafbar. Mit diesem Gesetz wird Deutschland nunmehr die Istanbul-Konvention umsetzen. Entsprechend dieses europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen gilt künftig der Grundsatz „Nein heißt Nein“. Damit steht jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung unter Strafe. Bislang hängt die Strafbarkeit noch in bestimmten Fällen von der Gegenwehr des Opfers ab. Die ursprünglich von der Bundesregierung beabsichtigte Reform des Sexualstrafrechts war weit weniger weitreichend. Der Bundestag hatte grundlegende Änderungen an dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung vorgenommen, nachdem es im Anschluss an die Vorkommnisse in der Silvesternacht in Städten wie Köln und Hamburg zu einer weiten gesellschaftlichen Debatte zur Reichweite des deutschen Sexualstrafrechts gekommen war. Mit den vorgenommenen Änderungen ist der Bundestag dem Bundesrat gefolgt, der bereits im März auf die Initiative Hamburgs die Bundesregierung aufgefordert hatte, das Sexualstrafrecht zu verschärfen, den Grundsatz Nein heißt Nein aufzunehmen und sexuelle Belästigung unter Strafe zu stel-

len.

Der Bundesrat hat das Gesetz passieren lassen.

TOP 13

Gesetz zur Verbesserung der **Bekämpfung des Menschenhandels** und zur **Änderung des Bundeszentralregistergesetzes** sowie des **Achten Buches Sozialgesetzbuch**

Das nicht zustimmungspflichtige Gesetz regelt das Recht zur Bekämpfung des Menschenhandels neu. Mit der umfassenden Reform werden viel kritisierte Regelungslücken geschlossen. Zukünftig wird wegen Menschenhandels bestraft, wenn ein Täter ihm aus bestimmten Gründen ausgelieferte oder unter 21 Jahre alte Personen anwirbt, befördert, weitergibt oder beherbergt, damit diese durch Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Zwangsbettelei oder durch die zwangsweise Begehung von Straftaten ausgebeutet werden können. Weiterhin wird künftig Zwangsprostitution geahndet. Diese liegt vor, wenn ein Täter eine Person, die ihm aus bestimmten Gründen ausgeliefert oder unter 21 Jahre alt ist, zur Zwangsprostitution und zur Zwangsarbeit veranlasst. Ferner wird die im Strafgesetzbuch so benannte Ausbeutung von Zwangsprostitution künftig unter Strafe stehen. Das bedeutet, wenn ein Freier weiß, dass es sich um Zwangsprostitution handelt, macht er sich strafbar. Wenn der Freier jedoch die Tat freiwillig bei der zuständigen Behörde anzeigt oder eine solche Anzeige veranlasst, geht er straffrei aus. Schließlich wird Zwangsarbeit von Polizei und Justiz verfolgt werden, wenn ein Täter die Arbeitskraft einer Person, die sich in einem Zwangsarbeitsverhältnis befindet, ausbeutet.

Der Bundesrat hat das Gesetz passieren lassen.

TOP 87

Gesetz zu dem **Übereinkommen von Paris vom 12. Dezember 2015**

Ziel des nicht zustimmungspflichtigen Ratifizierungsgesetzes zum Pariser Klimaschutzabkommen ist es, die Klimaänderung zu bekämpfen. Kern des Abkommens ist das sogenannte Zwei-Grad-Ziel, um die Erderwärmung auf weniger als 2 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. In der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts wird darüber hinaus eine vollständige Treibhausgasneutralität angestrebt. Neben der Reduzierung von Treibhausgasemissionen steht auch die Anpassung an den Klimawandel im Mittelpunkt des Übereinkommens. Mit der Unterzeichnung hat sich Deutschland verpflichtet, alle fünf Jahre national festgelegte Klimaschutzbeiträge zu erarbeiten und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die reichen Industrieländer müssen zudem bis 2020 einen konkreten Finanzierungsfahrplan aufstellen, wie sie die vom Klimawandel besonders betroffenen Regionen unterstützen.

Der Bundesrat hat das Gesetz passieren lassen.

B. Initiativen der Länder

TOP 19 Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des **Waffengesetzes**

Mit dem von Hessen eingebrachten Gesetzentwurf soll sichergestellt werden, dass Extremisten legal keine Waffen besitzen können. Um dies zu erreichen sollen die aktuellen Regelungen über die Zuverlässigkeit im Waffenrecht präzisiert und eine Regelabfrage bei den Verfassungsschutzbehörden eingeführt werden. Festgelegt wird, dass Personen, deren Daten bei einer Verfassungsschutzbehörde aufgrund tatsächlicher Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gespeichert sind, künftig die waffenrechtliche Zuverlässigkeit nicht besitzen. Bereits die bloße Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Vereinigung mit verfassungsfeindlichem Hintergrund soll hierfür ausreichend sein. Eine Regelabfrage bei den Verfassungsschutzbehörden ist erforderlich, damit die Waffenbehörden systematisch Kenntnis davon erhalten, ob eine Person als Extremist eingestuft ist.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs beschlossen, den Gesetzentwurf beim Deutschen Bundestag mit der Maßgabe einzubringen, die Abfrage über das sogenannte Massendatenverfahren abzuwickeln, um den Verwaltungsaufwand zu reduzieren.

TOP 21 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des **Wohnungseigentumsgesetzes und des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Förderung der Barrierefreiheit und Elektromobilität**

Ziel des Gesetzesentwurfs aus Bayern, Sachsen und Hessen ist eine Anpassung im Wohnungseigentumsrecht, damit Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen in ihrem Alltag nicht auf unzumutbare Barrieren in ihren Wohnhäusern treffen. Außerdem soll der Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge auch im privaten Raum durch flankierende gesetzgeberische Maßnahmen im Wohnungseigentumsrecht und Mietrecht erleichtert werden. Zur Erleichterung der Umsetzung von Maßnahmen, die für eine behindertengerechte Nutzung erforderlich sind, soll künftig unter bestimmten Voraussetzungen die erforderliche Zustimmung der durch die bauliche Maßnahme nicht unerheblich beeinträchtigten Miteigentümer entbehrlich sein. Daneben soll die Gemeinschaft der Wohnungseigentümer die Möglichkeit erhalten, Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit, welche die Eigenart der betreffenden Wohnanlage ändern, durchzuführen, obwohl ihr nicht alle Miteigentümer, die nicht nur unerheblich betroffen sind, zugestimmt haben. Zur Förderung der Elektromobilität soll in das Wohnungseigentumsgesetz eine Regelung aufgenommen werden, wonach die erforderliche Zustimmung der durch die bauliche Maßnahme nicht unerheblich beeinträchtigten Miteigentümer dann entbehrlich ist, wenn die Maßnahme für die Installation einer Ladestation für Elektrofahrzeuge erforderlich ist. Im Mietrecht soll eine entsprechende Regelung für bauliche Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität eingeführt werden.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs beschlossen, den Gesetzesentwurf beim Deutschen Bundestag einzubringen.

TOP 22 Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes - **Strafbarkeit nicht genehmigter Kraftfahrzeugrennen** im Straßenverkehr

Der Gesetzentwurf der Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bremen, dem Bayern beigetreten ist, will die Teilnahme an verbotenen Autorennen härter bestrafen. Bisher handelt es sich dabei um eine Ordnungswidrigkeit, die mit einem Bußgeld geahndet wird. Ziel der Initiative ist es zum einen, dass bei der Begehung eines solchen Deliktes die Fahrerlaubnis durch das Gericht entzogen werden kann. Zum anderen soll durch die Heraufstufung zu einer Straftat ermöglicht werden, das Auto der Beteiligten einzuziehen.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs die Einbringung des Gesetzentwurfs beim Deutschen Bundestag mit der Maßgabe beschlossen, dass der vorgesehene Strafrahmen im Höchstmaß auf zwei Jahre Freiheitsstrafe abgesenkt werden soll. Eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder einer Geldstrafe soll nach Auffassung des Bundesrats nur dann verhängt werden können, wenn der Teilnehmer an einem verbotenen Autorennen mit seiner Fahrt jemand anderen konkret gefährdet. Ferner soll ein ausgewogenes Stufenverhältnis zwischen den im Zusammenhang mit illegalen Kraftfahrzeugrennen begehbaren Delikten ermöglicht werden.

TOP 24 Entwurf einer Verordnung zur Änderung von **Arbeitsschutzverordnungen**

Mit dem Verordnungsentwurf der Länder Hamburg, Brandenburg, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen, dem Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz beigetreten sind sollen die Arbeitsstättenverordnung und die Arbeitsschutzverordnung zu künstlicher optischer Strahlung geändert werden. Gleichzeitig soll sie dem Arbeitgeber die Umsetzung der in den Arbeitsschutzverordnungen genannten Anforderungen erleichtern. Durch eine präzisere Terminologie und Klarstellungen werden die Rechtssicherheit erhöht und Doppelregelungen beseitigt. Außerdem werden die Inhalte der Bildschirmarbeitsverordnung in die Arbeitsstättenverordnung übernommen.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs sofort in der Sache entschieden und die Zuleitung der Verordnung an die Bundesregierung beschlossen, sowie dem unmittelbaren Erlass der Verordnung durch die Bundesregierung zugestimmt.

TOP 25 Entschließung des Bundesrates zur Änderung des **Mindestlohngesetzes**

Die Entschließung der Länder Brandenburg, Hamburg, Thüringen, Bremen und Nordrhein-Westfalen, der Schleswig-Holstein beigetreten ist, zielt auf eine Klarstellung im Mindestlohngesetz zur Anrechnung von Lohnbestandteilen, in dem Sinne, dass Lohnbestandteile wie Sonderzahlungen, Zulagen, Zuschläge, Prämien, Sachleistungen oder Aufwendungsersatzleistungen zusätzlich zu zahlen und nicht auf den gesetzlichen Mindestlohn anzurechnen sind.

Der Bundesrat hat die Entschließung nicht gefasst.

TOP 27

Entschließung des Bundesrates

Für ein **Einwanderungsgesetz**: Einwanderung offensiv gestalten und effektiv regeln

Mit der Entschließung der Länder Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Thüringen soll die Bundesregierung aufgefordert werden, ein Einwanderungsgesetz vorzulegen, in dem sämtliche Regelungen für die arbeitsmarktbezogene Einwanderung leicht verständlich zusammengefasst sind und das künftig verlässliche Rahmenbedingungen bietet. Anlass für die Entschließung ist die demografische Entwicklung in Verbindung mit dem steigenden Fachkräftebedarf, die eine breite gesellschaftliche Debatte über Einwanderung und die damit verbundenen Veränderungen erfordert. Der Wandel zur Einwanderungsgesellschaft mache eine interkulturelle Öffnung auf allen Ebenen und eine Willkommens- und Anerkennungskultur erforderlich. Gefordert wird der Verzicht auf eine individuelle Vorrangprüfung und auf den Nachweis von Deutschkenntnissen der Ehe- und Lebenspartner schon vor der Einreise nach Deutschland. Die Informations- und Beratungsangebote im In- und Ausland sollen ausgebaut, Asylbewerbern und Duldungsinhabern für die Dauer der Ausbildung ein Aufenthaltsrecht erteilt werden. Mit dem Einwanderungsgesetz sollen außerdem abgelehnte Asylbewerber auf die Regelungen über die legale Einwanderung hingewiesen werden. Mit Blick auf die erforderliche konsequente Rückführung abgelehnter Asylbewerber sollen schon aus finanziellen Gründen die Instrumente der freiwilligen und geförderten Ausreise in den Blick genommen werden.

Die Entschließung wurde dem Innenausschuss federführend sowie dem Ausschuss für Arbeit, Integration und Sozialpolitik, dem Ausschuss für Familien und Senioren und dem Wirtschaftsausschuss mitberatend zugewiesen.

TOP 28

Entschließung des Bundesrates **"Freies Gesicht im rechtsstaatlichen Gerichtsverfahren"**

Bayern fordert in seinem Entschließungsantrag, zur Gewährleistung der Identitätsfeststellung und der Wahrheitserforschung gesetzlich zu regeln, dass Verfahrensbeteiligte in Gerichtsverhandlungen ihr Gesicht weder ganz noch teilweise verdecken dürfen. Hintergrund ist, dass hierzu bislang keine spezifischen Regelungen vorgesehen sind, ob Verfahrensbeteiligte ihr Gesicht in Gerichtsverhandlungen verdecken dürfen und wie in entsprechenden Fällen zu verfahren ist. Das geltende Recht ermöglicht den Gerichten zwar, die Abnahme verdeckender Elemente im Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen anzuordnen oder aber davon Abstand zu nehmen. Im Interesse der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit sollte bei Betroffenen wie Gerichten hierüber Gewissheit herrschen, um zeitraubende Auseinandersetzungen zu vermeiden und eine effiziente Verfahrensführung zu ermöglichen.

Der Bundesrat hat die Entschließung auf Antrag Hamburgs und Schleswig-Holsteins in einer Neufassung beschlossen, mit der die Bundesregierung gebeten wird zu prüfen, ob es einer gesetzlichen Regelung bedarf, um sicherzustellen, dass die Prozessbeteiligten immer ohne (jede Form von) Gesichtsbdeckung an gerichtlichen Verhandlungen teilnehmen.

C. Gesetzentwürfe der Bundesregierung

TOP 1a Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017 (**Haushaltsgesetz 2017**)

Mit dem nicht zustimmungspflichtigen Gesetzentwurf ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung weiterhin ein ausgeglichener Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung vorgesehen. Zudem soll die Maastricht-Schuldenstandsquote kontinuierlich weiter abgebaut werden und am Ende des aktuellen Finanzplanungszeitraums erstmals seit 2002 wieder die zulässige 60-Prozent-Grenze unterschreiten.

Mit den Stimmen Hamburgs hat der Bundesrat eine Stellungnahme beschlossen. Darin wird die Bundesregierung unter anderem an ihre Zusage erinnert, sich dauerhaft und substantiell an den Kosten zu beteiligen, die Ländern und Kommunen im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen entstehen. Erwartet wird, dass der Bund seine Beteiligung an den Flüchtlings- und Integrationskosten auch über das Jahr 2018 hinaus in angemessener Weise fortsetzt. Zudem wird in der Stellungnahme betont, dass sich Bund und Länder endlich auf ein gemeinsames Konzept für die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen einschließlich des Länderfinanzausgleichs verständigen sollten. Das von der Ministerpräsidentenkonferenz am 3. Dezember 2015 verabschiedete gemeinsame Reformmodell bietet dafür eine gute Grundlage.

TOP 29 Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (**Bundesteilhabegesetz - BTHG**)

Mit dem zustimmungspflichtigen Gesetz soll die UN-Behindertenrechtskonvention umgesetzt und die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickelt werden. Mit dem komplexen Gesetzesvorhaben sollen Leistungen zukünftig aus einer Hand erbracht und zeitintensive Zuständigkeitskonflikte der Träger untereinander sowie Doppelbegutachtungen zulasten von Menschen mit Behinderungen vermieden werden. Des Weiteren soll die Position von Menschen mit Behinderungen gegenüber den Rehabilitationsträgern und den Leistungserbringern durch eine ergänzende unabhängige Teilhabeberatung gestärkt werden. Zudem sind Verbesserungen bei den Leistungen zur Teilhabe an Bildung, insbesondere für Studierende mit Behinderungen vorgesehen. Ein Budget für Arbeit soll die Chancen und Möglichkeiten auf Teilhabe am Arbeitsleben verbessern.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs zum Gesetzentwurf Stellung genommen und sich für Änderungen und Klarstellungen im Gesetz ausgesprochen. U.a. sollen die notwendigen gesetzlichen Änderungen keine neue bzw. zusätzliche Ausgabendynamik zu Lasten von Ländern und Kommunen zur Folge haben und Mehraufwendungen vom Bund getragen werden. Neben Anpassungen im Vertragsrecht spricht sich der Bundesrat zudem für eine klarere Abgrenzung zwischen den Leistungen der Eingliederungshilfe und den Hilfen zur Pflege aus. Angenommen wurde zudem ein klarstellender Plenarantrag Hamburgs zum Inkrafttreten der zum 1. Januar 2017 wirksam werdenden Regelungen in Artikel 11, die die Anrechnung von Einkommen und Vermögen sowie die Mehrbedarfe betreffen. Ferner angenommen wurde, bei Enthaltung Hamburgs, ein Plenarantrag aus Nordrhein-Westfalen, der fordert, dass für die Pflege behinderter Menschen die glei-

chen finanziellen Leistungen aus der Pflegeversicherung gezahlt werden sollen, wie für nicht behinderte Menschen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten in der Pflegeversicherung solle der Bund ausgleichen.

TOP 33 Entwurf eines Gesetzes zum **Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen**

Mit dem zustimmungspflichtigen Gesetzentwurf bezweckt die Bundesregierung die Manipulation an elektronischen Registrierkassen zum Zwecke der Steuerhinterziehung zu erschweren. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass elektronische Aufzeichnungssysteme durch eine zertifizierte technische Sicherheitseinrichtung zu schützen sind. Dadurch soll laut Bundesregierung sichergestellt werden, dass digitale Grundaufzeichnungen nicht nachträglich manipuliert werden können. Ergänzend zu den bereits vorhandenen Instrumenten der Steuerkontrolle soll als neues Instrument eine Kassen-Nachschau eingeführt werden. Verstöße gegen die vorliegenden Regelungen werden künftig sanktioniert. Eine verpflichtende Verwendung eines elektronischen Aufzeichnungssystems ist nicht vorgesehen.

Mit den Stimmen Hamburgs hat der Bundesrat eine Stellungnahme beschlossen, in der auf die gravierenden Mängel des Gesetzentwurfes hingewiesen wird. U.a werden die fehlende Belegausgabepflicht und die fehlende zentrale Registrierung der Sicherheitskomponenten zu erheblichen Sicherheitslücken führen. Die Bundesregierung wird zudem darum gebeten, dem Gesetzesanliegen hinsichtlich Wirksamkeit und Zeitpunkt der Umsetzung durch die Einfügung eines alternativen Sicherungskonzepts besser Rechnung zu tragen. Die vorgesehenen Sicherungsverfahren sind auch für alle kassenähnlichen Systeme einzuführen.

TOP 35 Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der **Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung**

Mit dem zustimmungsbedürftigen Gesetzentwurf sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Aufgabenwahrnehmung durch die für die Schwarzarbeitsbekämpfung zuständigen Behörden des Bundes und in den Ländern sowie die IT-Verfahren der Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung verbessert und wirkungsvoller ausgestaltet werden.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs eine Stellungnahme beschlossen, in der er anregt, die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zwischen Landes- und Bundesbehörden in den Bereichen Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen und Personenbeförderungsgewerbe zu stärken. Darüber hinaus soll die nach Landesrecht zuständige Schwarzarbeitsbekämpfungsbehörde als Annex zu den eingeräumten Prüfungs- und Betreuungsrechten auch hieraus resultierende Pflichtverletzungen verfolgen und ahnden können.

TOP 36

Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Drittes **Pflegestärkungsgesetz** - PSG III)

Mit dem zustimmungsbedürftigen Gesetzentwurf werden die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege umgesetzt. Kommunen und Ländern sollen künftig insbesondere bei der Planung und der Entwicklung der Pflegestruktur vor Ort gestärkt werden. Das Ziel besteht darin, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich zu Hause in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben können. Hierzu erhalten die Länder die Möglichkeit, regionale Pflegeausschüsse und sektorenübergreifende Landespflegeausschüsse einzurichten, die Empfehlungen zur Weiterentwicklung der pflegerischen Infrastruktur abgeben. Die Kommunen erhalten im Rahmen der landesrechtlichen Regelungen für die Dauer von fünf Jahren ein Initiativrecht zur Errichtung von Pflegestützpunkten. Um Kooperation und Koordinierung bei der Pflegeberatung zu verbessern, sollen unterschiedliche Modelle in den Kommunen entwickelt und getestet werden können. Da auch mit der Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs keine Vollabsicherung des Pflegerisikos durch die Leistungen der Sozialen Pflegeversicherung beabsichtigt ist, wird der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff auch für die Hilfe zur Pflege eingeführt. An der Schnittstelle zu den Leistungen der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung kommt es zu Verschiebungen bei den Leistungszuständigkeiten, woraus sich Anpassungsbedarfe ergeben.

Der Bundesrat hat zu dem Gesetzentwurf mit überwiegender Unterstützung Hamburgs eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben. Dabei geht es u.a. um den Zugang von Menschen mit Behinderung zu den Leistungen der Pflegeversicherung, die Einbeziehung der Länder bei den Rahmenvereinbarungen zur Pflegeberatung, die korrekte Umsetzung der Beschlüsse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu den Modellvorhaben, eine Regelaltersgrenze zur Klärung der Schnittstellenfrage zwischen dem Leistungsrecht der Pflege und den der Eingliederungshilfe und die Aufnahme einer Evaluations- und Kostenausgleichsklausel zugunsten der Träger der Sozialhilfe.

TOP 37

Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der **Versorgung und der Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen**

Mit dem nicht zustimmungsbedürftigen Gesetzentwurf wird eine Verabredung aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt, für den Bereich Psychiatrie und Psychosomatik systematische Veränderungen des Vergütungssystems vorzunehmen. Versorgung und Vergütung für psychiatrische und psychosomatische Leistungen sollen weiterentwickelt und dabei insbesondere das bestehende Entgeltsystem nicht wie bisher vorgesehen als Preissystem sondern als Budgetsystem ausgestaltet werden. Die vorgesehene Konvergenz zu landeseinheitlichen Preisen wird aufgegeben, allerdings wird an dem Ziel der leistungsorientierten Vergütung und verbesserten Transparenz festgehalten. Durch einen leistungsbezogenen Vergleich soll transparent werden, inwieweit unterschiedliche Budgets auf Leistungsunterschiede oder regionale beziehungsweise strukturelle Besonderheiten zurückzuführen sind. Der Gemeinsame Bundesausschuss wird beauftragt, verbindliche Mindestvorgaben für die personelle Ausstattung von stationären Einrichtungen festzulegen. Diese Mindestvorgaben sollen bis zum 1.1.2020 wirksam werden. Die sektorenübergreifende Versorgung soll weiterentwickelt werden, damit für die Betroffenen die Einschnitte in ihrem Alltagsleben reduziert werden können.

nen. In ihrem häuslichen Umfeld sollen künftig stationsäquivalente psychiatrische Behandlungen durch spezielle Behandlungsteams ermöglicht werden. Außerdem soll dem Gesundheitsfonds einmalig in 2017 ein Betrag in Höhe von 1,5 Mrd. Euro aus der Liquiditätsreserve zugeführt werden.

Der Bundesrat hat zu dem Gesetzentwurf mit überwiegender Unterstützung Hamburgs eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben und unter anderem eine Einbeziehung der Länder bei der Definition von Krankenhausstandorten sowie eine Nachweispflicht, dass die Personalvorgaben auch gegenüber der Krankenhausplanungsbehörde eingehalten worden sind, gefordert. Weitere Empfehlungen beziehen sich auf die Refinanzierung von Tarifsteigerungen, verbindliche Fachabteilungsdifferenzierungen und die Entnahme aus der Liquiditätsreserve.

TOP 44

Entwurf eines Gesetzes zur Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes

Der nicht zustimmungsbedürftige Gesetzentwurf ist unter anderem auf die Diskussion im NSA-Untersuchungsausschuss zurückzuführen, ob für die Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung vom Inland aus eine spezialgesetzliche Regelung erforderlich sei. Die strategische Fernmeldeaufklärung von Ausländerinnen und Ausländern im Ausland vom Inland aus, die sogenannte „Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung“, ist ein wesentliches Instrument des BND zur Erfüllung seines gesetzlichen Auftrags zur Gewinnung von Erkenntnissen über das Ausland, die von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland sind. Für diese wird mit dem Gesetzentwurf eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage geschaffen. Darüber hinaus ist ein Anordnungsverfahren mit entsprechenden Kontrollrechten für eine neu zu schaffende, unabhängige Kommission vorgesehen. Außerdem werden die Kooperation des BND mit ausländischen öffentlichen Stellen und die gemeinsame Datenhaltung und –auswertung geregelt.

Der Bundesrat hat bei Enthaltung Hamburgs gegen den Gesetzentwurf keine Einwände erhoben.

TOP 45

Entwurf eines Gesetzes zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung

Der nicht zustimmungspflichtige Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, das Recht der Vermögensabschöpfung zu vereinfachen, die vorläufige Sicherstellung von Vermögenswerten zu erleichtern, Abschöpfungslücken zu schließen und die nachträgliche Abschöpfung von Vermögensgegenständen zu ermöglichen. Das Gesetzesvorhaben setzt zudem die EU-Richtlinie über die Sicherstellung und Einziehung von Tatwerkzeugen und Erträgen aus Straftaten in der EU in innerstaatliches Recht um. Das Recht der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung wird vollständig neu gefasst. Die Differenzierung zwischen den Begriffen „Verfall“ und „Einziehung“ wird zugunsten des international gebräuchlichen Begriffs der „Einziehung von Taterträgen“ („confiscation“) aufgegeben. Das Reformvorhaben sieht folgende wesentlichen Strukturelemente vor: eine Neuregelung der Opferentschädigung, die Stärkung und Konkretisierung des so genannten „Bruttoprinzip“, die Regelung des „Verschiebungsfalls“ (Abschöpfung beim Erben), die nachträgliche Vermögensabschöpfung, die Ausweitung der erweiterten Vermögensabschöpfung sowie eine völlig neue Regelung für den Bereich der organisierten Kriminalität und des Terrorismus, die es ermöglicht, Vermögen unklarer Herkunft unabhängig vom Nachweis einer rechtswidrigen Tat einzuziehen.

Der Bundesrat hat zu dem Gesetzentwurf überwiegend mit den Stimmen Hamburgs eine umfangreiche Stellungnahme abgegeben, die – neben zahlreichen fachlichen Anmerkungen – eine Verlängerung der Frist für das Inkrafttreten des Gesetzes um weitere sechs Monate nach Verkündung fordert. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass die Reform bei den Justizverwaltungen zu erheblichem Aufwand führe und einhergehe mit einem erheblichen Personalmehrbedarf bei den Rechtspflegern, einem umfänglichen Schulungs- und Fortbildungsbedarf sowie einer noch zu leistenden Anpassung der EDV-Systeme.

TOP 47 Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des **Schutzes gegen Nachstellungen**

Der nicht zustimmungsbedürftige Gesetzesentwurf beabsichtigt eine deutliche Verschärfung des Straftatbestands der Nachstellung (so genanntes Stalking). Damit die Staatsanwaltschaft tätig werden kann, muss der Täter derzeit noch sein Opfer dazu gebracht haben - etwa durch ständiges Suchen einer räumlichen Nähe oder durch ständige Anrufe -, seine Lebensgestaltung gravierend zu verändern. Diese Veränderung der Lebensgestaltung muss so schwerwiegend sei, dass das Opfer beispielsweise seinen Arbeitsplatz aufgibt, aus einer Wohnung umzieht oder die Wohnung nur noch in Begleitung Dritter verlässt. Dies bedeutet jedoch, dass dann, wenn das Opfer besonders widerstandsfähig ist und dem Druck des Täters standhält oder aber wenn einem Opfer gerade die Möglichkeiten oder die finanziellen Mittel fehlen, seine Lebensumstände entsprechend zu verändern, ein Stalker strafrechtlich nicht belangt werden kann. Deshalb soll es zukünftig ausreichen, wenn die Handlungen des Täters nach objektiven Maßstäben (nur) „geeignet erscheinen“, das Opfer in seiner Lebensgestaltung schwerwiegend zu beeinträchtigen, ohne dass es noch auf eine tatsächliche Reaktion seitens des Opfers ankäme. Außerdem soll sich zukünftig ein Täter auch strafbar machen, wenn er keiner gerichtlichen Anordnung sondern einem zwischen den Parteien geschlossenen Vergleich zuwiderhandelt. Schließlich soll der Straftatbestand der Nachstellung stets von Amts wegen verfolgt werden können. Es soll nicht mehr darauf ankommen, ob das Opfer die Verfolgung des Stalkers beantragt oder betreibt.

Der Bundesrat hat teilweise mit den Stimmen Hamburgs zu dem Gesetzesentwurf Stellung genommen und gefordert, dass der zwischen den Parteien geschlossene Vergleich nur dann im Hinblick auf eine etwaige Ahndung der Strafverfolgungsbehörden gerichtlich bestätigt werden soll, wenn ein Beteiligter (d.h. insbesondere das Opfer) dies beantragt und nicht wie im Gesetzesentwurf vorgesehen bereits von Amts wegen gilt.

TOP 50 Entwurf eines Gesetzes zur **Anpassung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes** und anderer Vorschriften an europa- und völkerrechtliche Vorgaben

Die deutschen Regelungen zum Gerichtszugang in Umweltangelegenheiten stehen teilweise nicht im Einklang mit völker- und europarechtlichen Vorgaben. Um die Abweichungen zu beseitigen hat die Bundesregierung einen Gesetzesentwurf zur Anpassung des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes vorgelegt. Künftig soll unter anderem die Möglichkeit einer umweltrechtlichen Verbandsklage ausgedehnt werden. Dies betrifft Pläne und Programme, die zu einer Strategischen Umweltprüfung verpflichten können. Aber auch die Zulässigkeit von anderen Industrieanlagen und Infrastrukturmaßnahmen als jene, die bisher geregelt sind, kann angefochten werden. Darüber hinaus

wird die Regelung zum Ausschluss bestimmter Rechte so angepasst, dass die Zulässigkeit eines Rechtsbehelfs nicht mehr davon abhängig gemacht wird, dass sich die betreffende Umweltvereinigung im Ausgangsverfahren beteiligt hat. Dabei wird allerdings klargestellt, dass ein Ausschluss möglich bleibt, wenn deren erstmalige Geltendmachung im Rechtsbehelfsverfahren missbräuchlich oder unredlich ist. Um der Öffentlichkeit einen ausreichenden Zeitraum für die Erhebung von Einwendungen zu eröffnen, sollen die entsprechenden Fristen zusätzlich allgemein um zwei Wochen verlängert werden, bei umfangreichen Vorhaben sogar länger.

Der Bundesrat hat teilweise mit den Stimmen Hamburgs zu dem Gesetzentwurf Stellung genommen und u. a. gefordert, den Verwaltungsgerichten auf der Ebene des Eilrechtsschutzes durch eine umfassende Begründungsfrist die Möglichkeit zu eröffnen, Verzögerungen im gerichtlichen Verfahren zu vermindern und damit den Vorhabenträgern mehr Planungssicherheit zu geben. Zudem soll die Gesetzgebungskompetenz des Bundes bezüglich der Regelungen im Umweltrechtsbehelfsgesetz, die das Verwaltungsverfahren betreffen, überprüft werden.

TOP 57

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Entlastung insbesondere der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie (Zweites **Bürokratieentlastungsgesetz**)

Mit dem zustimmungspflichtigen Gesetzentwurf soll an das erste Bürokratieentlastungsgesetz angeknüpft werden. Während im ersten - 2015 verabschiedeten - Bürokratiekostenentlastungsgesetz der Fokus auf Gründungen und jungen, schnell wachsenden Unternehmen lag, sollen durch das zweite Bürokratiekostenentlastungsgesetz vor allem kleine Betriebe mit zwei bis drei Mitarbeitern, beispielsweise kleine Handwerksbetriebe, entlastet werden. Vorgesehen sind Anpassungen im Sozialgesetzbuch und im Steuerrecht: Künftig soll es möglich sein, die Bezifferung der Beiträge zur Sozialversicherung in all den Fällen, in denen der tatsächliche Wert für den laufenden Monat noch nicht bekannt ist, auf Grundlage des passenden Wertes des Vormonats vorzunehmen. Ferner sollen Regelungen für die sichere Übermittlung aller für die Abrechnung von pflegerischen Leistungen erforderlichen Unterlagen in Form elektronischer Dokumente getroffen werden. Im Steuerrecht sollen unter anderem die Pauschalierungsgrenzen für Rechnungen über Kleinbeträge angehoben werden, ebenso die Grenzbeträge zur Abgabe der Lohnsteuer. Schließlich sollen die Unternehmen und Verwaltungen durch eine Stärkung des E-Governments und der E-Verwaltung entlastet werden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang Anpassungen der Handwerksordnung und eine Änderung des E-Government-Gesetzes, unter anderem um den im Handwerk fortschreitenden digitalen Kommunikationsformen Rechnung zu tragen.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs zu dem Gesetzentwurf eine Stellungnahme beschlossen, mit der er sich für eine Bürokratieentlastung im Bereich der pauschalen Lohnsteuererhebung bei Aushilfskräften und Teilzeitbeschäftigten einsetzt und die Bundesregierung bittet, die sich aus der Anhebung der Betragsgrenzen für Kleinbetragsrechnungen ergebenden finanziellen Auswirkungen zu benennen.

D. Verordnung der Bundesregierung

TOP 79 Erste Verordnung zur Änderung der **Straßenverkehrs-Ordnung**

Die Bundesregierung hat im Juni eine Novelle der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) beschlossen, die die Voraussetzungen für die Einrichtung von Tempo-30-Zonen vor Schulen, Kindergärten oder Altenheimen erleichtert. Die StVO-Novelle sieht außerdem vor, dass Erwachsene Kinder, die auf dem Gehweg Fahrrad fahren, künftig mit dem Rad auf dem Gehweg begleiten dürfen. Darüber hinaus werden auch die Regeln zur Bildung der Rettungsgasse neugefasst und die Nutzung von Radwegen durch E-Bikes geregelt.

Der Bundesrat hat mit den Stimmen Hamburgs der Verordnung nach Maßgabe von Änderungen zugestimmt. So fordert er u.a. eine ergänzende Regelung zur Anordnung der Benutzungspflicht von Radwegen außerorts und von benutzungspflichtigen Radfahrstreifen innerorts. Auf Initiative Hamburgs fordert der Bundesrat die Bundesregierung zudem ergänzend auf, schnellstmöglich die Voraussetzungen für den Betrieb von beispielsweise Elektrorollern und sogenannten eScootern im öffentlichen Verkehr zu regeln. Derartige Fahrzeuge sind nach derzeitiger Rechtslage zum Betrieb im öffentlichen Straßenverkehr in der Regel nicht zugelassen.